

PRIORITÄTEN UND SCHWERPUNKTE FÜR 2013

» EINE ANDERE POLITIK IST MÖGLICH!



VORBEMERKUNG

Dieses Papier führt zwei Prozesse zusammen, an denen die Fraktion in den letzten zwei Jahren intensiv gearbeitet hat. In der Projektgruppe Prioritäten¹ haben wir Vorschläge erarbeitet, welche grünen Reformen im Fall einer Regierungsbeteiligung 2013 unter den realen finanziellen Bedingungen und Spielräumen als erste Schritte in einer Wahlperiode aus eigener Kraft umgesetzt werden können und sollen. Die Projektgruppe sollte vorschlagen, welche **finanzwirksamen Projekte** unter Beachtung der Entlastungen und Belastungen für Bürger und Unternehmen zuerst und welche mit einem längeren Zeithorizont umgesetzt werden und welche finanziellen Schwerpunkte gesetzt werden. Unsere Arbeit knüpft an den Beschluss der BDK Kiel² und den Bericht der Finanzkommission der grünen Fraktionsvorsitzenden³ an.

Zeitgleich hat die Fraktion aus den Arbeitskreisen heraus **Schlüsselprojekte für eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung** identifiziert. Es ging uns darum, Antworten auf die Frage zu finden: Was bekommt man oder frau, wenn man Grün wählt? Dabei ging es uns um konkrete Maßnahmen, nicht um die langen Linien und grundsätzlichen Ziele grüner Politik. Zudem sollten diese Projekte einige zentrale Anforderungen erfüllen: Es sollte genau geklärt sein, ob sie im Bundesrat zustimmungspflichtig sind oder ob sie zustimmungsfrei formuliert werden können. Sie sollten ohne eine Änderung des Grundgesetzes umsetzbar sein. Und sie müssen finanzierbar sein.

Die in diesem Bericht beschriebenen Projekte sind mit präzisen Konzepten unterlegt, sie sind für eine mögliche grüne Regierungsbeteiligung fertig ausgestaltet und sie sind gegenfinanziert. Wir Grüne versprechen nichts, was wir nicht halten können.

Dieser Bericht löst einen zentralen grünen Anspruch ein: **Eine andere Politik ist möglich – und machbar.**

POLITISCHE ZIELE

Bündnis 90/Die Grünen kämpfen bei der Bundestagswahl für einen Politikwechsel. Soziale **Gerechtigkeit**, **ökologische Nachhaltigkeit**, starke **Bürgerrechte** und gesellschaftliche **Teilhabe** wird es nur mit einer neu ausgerichteten Politik in Deutschland und Europa geben. Dafür wollen wir Schwarz-Gelb ablösen.

Mit der schwarz-gelben Klientelpolitik verspielt Deutschland seine Zukunft. Weder bei der Rettung des Euro, bei der Neuausrichtung der Sozialversicherungen, bei der Energiewende, noch bei der dringend notwendigen Stärkung der Bürgerrechte und der Modernisierung des Urheberrechts hat Schwarz-Gelb einen Kompass. Frauen- und familienpolitisch geht es mit dem Betreuungsgeld zurück ins letzte Jahrhundert anstatt entschieden den Kurs Richtung guter Betreuungsinfrastruktur einzuschlagen. Bei der Quote erleben wir eine Fortsetzung der Politik

¹ In der Projektgruppe Prioritäten haben mitgearbeitet: Kerstin Andreae, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Priska Hinz, Toni Hofreiter, Bärbel Höhn, Fritz Kuhn, Renate Künast, Markus Kurth, Gerhard Schick, Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Josef Winkler.

² Solide, solidarisch, Grün: unsere Haushalts- und Finanzpolitik: http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/397/397727.solide_solidarisch_gruen_unsere_haushalt.pdf

³ Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik – Sicherung der Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen: <http://www.gruene-bundestag.de/themen/finanzen/nachhaltige-haushalts-und-finanzpolitik.html>

der Scheinlösungen, dabei wäre es jetzt endlich an der Zeit, die Gleichstellung von Frauen Realität werden zu lassen.

Grüne wollen einen Politikwechsel durch eine andere Mehrheit. Wir wollen eine umfassende soziale und ökologische Transformation gestalten. Wir streiten für einen erneuten gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch. Wir wollen nicht weniger als einen neuen Grünen Gesellschaftsvertrag.

Der Weg dorthin besteht aus vielen – manchmal kleinen, manchmal großen – Schritten. Unser Anspruch ist, nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg genau zu beschreiben. Unter den Bedingungen einer strukturellen Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir dabei Prioritäten setzen: Welche Reformprojekte und Programme setzen wir zuerst um? Wir können nicht alle Ziele auf einmal erreichen.

Dabei lassen wir uns von folgenden Fragen leiten: Was sind entscheidende Weichenstellungen, um mehr Teilhabe, mehr Chancengerechtigkeit und eine fairere Bildungsbeteiligung zu erreichen? Was müssen wir jetzt auf den Weg bringen, um den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu forcieren? Was ist der drängendste Schritt gegen die auseinanderfallende Gesellschaft und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse? Was müssen wir zuerst verändern, um eine freie und liberale Gesellschaft zu gestalten, die jeder und jedem Entfaltung nach eigenem Gusto ermöglicht? Welche Schritte müssen wir für eine geschlechtergerechte Gesellschaft gehen? Wie können wir Globalisierung gerecht gestalten? Welche Möglichkeiten haben wir, eine internationale Friedensordnung zu stärken? Eine solche Strategie muss sich ausrichten an den Erfordernissen des sozialökologischen Umbaus und dem Weg zu einem gesellschaftlichen Aufbruch. Denn nicht nur die Euro-Krise, sondern auch der drohende Klimawandel, die soziale Spaltung und die zahlreichen Blockaden in unserer Gesellschaft erfordern dringendes Handeln. Daraus ergeben sich für uns die folgenden politischen Prioritäten:

- I. Ein stabiler Euro in einem demokratischen Europa. Wir setzen auf ein **starkes Europa** mit dem Euro. Wir wollen den Weg von einer Währungsunion zu einer **politischen Union** gehen, mit mehr Kompetenzen auf europäischer Ebene. Für einen stabilen Euro brauchen wir neben notwendigen Einsparungen dringend **Investitionen** in ökologische Zukunftssektoren, eine **Finanztransaktionssteuer**, eine **Bankenunion** und einen **Schuldentilgungsfonds**.
- II. Grüne Politik treibt den **ökologischen Umbau** voran. Zentrale Projekte sind die **Energiewende**, die Einführung eines **Klimaschutzgesetzes** und die Fortführung der grünen **Agrarwende**, hin zu Verbraucherschutz und weg von elender **Massentierhaltung**. Mit diesen Vorhaben modernisieren wir die Wirtschaft, schützen die Umwelt und schaffen neue, grüne Jobs.
- III. Für mehr Gerechtigkeit und Teilhabe sind bessere öffentliche Institutionen und **ein Aufbruch in die grüne Bildungsrepublik** notwendig. Grüne Politik setzt auf gute Bildung für jedes Kind. Wir stärken deshalb Länder und Kommunen und investieren in Bildung – von der Kita bis zum Erwachsenen-BAföG.
- IV. Wir kämpfen **gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft**. Erste Maßnahmen dafür sind die Einführung eines flächendeckenden **Mindestlohns**, die Anhebung der **ALG-II-Regelsätze** und die Einführung der **Bürgerversicherung** in Gesundheit und Pflege.
- V. Wir schaffen eine **moderne Infrastruktur für das 21. Jahrhundert**. Zentrale Projekte dafür sind eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, leistungsfähige Stromnetze und der Breitbandausbau für die Teilhabe im digitalen Zeitalter.
- VI. Wir eröffnen mehr Teilhabechancen und stärken die Geschlechtergerechtigkeit. Dazu fordern wir eine **Einbürgerungsoffensive**, eine **Abschmelzung des EhegattInnensplittings** und eine **Frauen-Quote für Aufsichtsräte**.
- VII. Wir stärken die **Bürgerrechte** für ein freies und selbstbestimmtes Leben und setzen auf neue **Beteiligungsmöglichkeiten**. Wichtige Projekte sind für uns der Ausbau der Bürgerbeteiligung insbesondere in Planungsverfahren, eine transparente, moderne Verwaltung und die Stärkung der **Bürger- und Verbraucherrechte**, gerade in der **digitalen Welt**.
- VIII. Wir wollen mehr **globale Gerechtigkeit**. Zentral dafür sind die Einhaltung des 0,7-Prozent-Versprechens bei der Entwicklungsfinanzierung durch einen ODA-Aufholplan. Und wir stehen für eine **menschenrechtsorientierte Außenpolitik** und eine **ambitionierte Friedenspolitik**. Dazu gehört ein

entschiedenes Eintreten für Abrüstung und eine transparente und wirksame Kontrolle der Rüstungsexporte, sowie eine Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung im Rahmen der Vereinten Nationen.

Diese Eckpunkte beschreiben den grünen Politikwechsel. Mit diesem Politikwechsel können und wollen wir im Falle einer Regierungsbeteiligung sofort beginnen. Unsere Projekte sind konzeptionell ausgereift und gegenfinanziert.

Ein solide und solidarisch finanziertes Gemeinwesen

Alle entwickelten demokratischen, kapitalistischen Staaten haben in den vergangenen Jahrzehnten **gigantische Schulden aufgebaut**. Fälschlich wird oft nur auf die Staatsverschuldung geschaut, doch auch private Verschuldung ist relevant. Auch in Deutschland musste der Staat im Zuge der Krise die Schulden überschuldeter privater Haushalte oder überschuldeter Banken übernehmen. Unter Frau Merkel stieg so die Schuldenquote von 63 Prozent auf 84 Prozent des Bruttosozialprodukts. Zudem haben einige Staaten zu viel ausgegeben und andere sich im Steuersenkungswahn ihrer eigenen Einnahmehasis beraubt. Die Belastung kommender Generationen durch private wie staatliche Schulden war lange der Ausweg aus dem zentralen Zielkonflikt des demokratischen Kapitalismus zwischen dem demokratischen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und der privaten Aneignung. Dieser Weg ist an seinem Ende angekommen. Alle aus diesem Zielkonflikt anvisierten Auswege – Wachstum, Inflation, Staatsverschuldung, private Verschuldung – haben sich als Sackgasse erwiesen. Der Widerspruch **zwischen gesellschaftlicher Teilhabe und privater Aneignung** muss **politisch neu austariert werden**.

Für starke öffentliche Institutionen, wie gute Kitas, Schulen, Unis, einen neuen Ausgleich mit einer fairen Verteilung brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Einen schwachen unterfinanzierten Staat können sich nur die Reichen leisten.

Für die Finanzierung unseres Gemeinwesens, unserer Städte, Länder und für den Bund muss ein einfacher Grundsatz gelten: **Gemeinschaftsaufgaben müssen aus Einnahmen – nicht aus Schulden – finanziert werden**.

Ein solide und solidarisch finanziertes Gemeinwesen muss die strukturelle Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen beenden. Dies geht nur in einem Dreiklang von Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen.

Dreiklang

Grüne haben für den Dreiklang aus Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen Eckpunkte vorgelegt, die die Unterfinanzierung von Kommunen, Ländern und Bund um rund 20 Milliarden mindern. Beispielhaft seien hier einige Posten benannt mit ihren Folgen für Bund, Länder und Kommunen.

Ausgaben kürzen und Verwaltungseffizienz erhöhen

Grüne wollen durch Ausgabenkürzung und bessere Verwaltungseffizienz die **Ausgaben** von Bund, Ländern und Gemeinden um rund 7 Milliarden Euro reduzieren.

An der Übertragung des Steuervollzugs auf den Bund halten wir als politische Forderung fest. Wir müssen aber davon ausgehen, dass wir dieses Ziel nicht bereits 2014 umsetzen können und rechnen deshalb die sich daraus ergebenden Einnahmeeffekte nicht im grünen Finanztableau mit ein.

Subventionsabbau

Das Abschmelzen **ökologisch schädlicher Subventionen** – siehe Dienstwagenbesteuerung – erbringt 7,5 Milliarden Euro.

Das Abschmelzen der **gesellschaftspolitisch falschen Subvention** des **Ehegattensplittings** erbringt mindestens 3,5 Milliarden Euro.

Das Beenden der **Subvention von Kapitalgewinnen** gegenüber Arbeitseinkommen und Unternehmensgewinnen durch die **Abschaffung der Abgeltungssteuer** erbringt 1,5 Milliarden Euro.

Die Lichtung des Dschungels der **Mehrwertsteuersubventionen** – Mövenpick-Subvention – erbringt 3,5 Milliarden Euro.

Einnahmeverbesserungen

Eine gerechtere Einkommensteuer mit einem **höheren Freibetrag für alle** und einem **höheren Spitzensteuersatz für einige** erbringt netto 3 Milliarden Euro.

Eine **Anhebung der Erbschaftssteuer** verschafft den Ländern 4,5 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen.

Finanzielle Spielräume

Die Länder werden durch die grünen Finanzbeschlüsse insgesamt um über 9 Milliarden Euro, die Kommunen um über 1,5 Milliarden Euro entlastet.

Grüne Politik gestaltet unter Einhaltung der Schuldenbremse. Als Grundlage für ihre Prioritätenbestimmung haben wir das Jahr **2014** gewählt. Dies wäre das erste Jahr, in dem eine neue Regierung die Verantwortung für einen Haushalt übernimmt.

Für die Berechnung der Spielräume für grüne Prioritäten in 2014 bildet der geltende Finanzplan die Basis. Durch Einsparungen schaffen wir dem Vorsichtsprinzip folgend einen Risikopuffer für Zins- und Konjunkturrisiken. Im Ergebnis stehen im Bund Mittel aus Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen **in Höhe von 12 Milliarden Euro** für prioritäre Projekte zur Verfügung.

Prioritäten setzen – den Umbau beginnen

Eine neue Politik muss Prioritäten setzen. Sie muss unterscheiden zwischen Sofortmaßnahmen und längerfristig wirksamen Strukturreformen. Sie muss die Voraussetzungen für bestimmte Reformen benennen. Und sie muss die Wechselwirkungen zwischen Steuern und Sozialversicherungen, zwischen Bund, Ländern und Kommunen ebenso beachten, wie Belastungen und Entlastungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen.

Deshalb schlagen wir vor, unsere Prioritäten nach Prinzipien zu sortieren.

A. GRUNDLEGENDE, FINANZNEUTRALE REFORMEN

1. Mit Grün gibt es ein Klimaschutzgesetz

Deutschland muss seine Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent unter das Niveau von 1990 absenken. Diese Klimaschutzziele wollen wir in einem Klimaschutzgesetz verbindlich festlegen, ihre Einhaltung transparent überwachen und bei Abweichungen vom Zielpfad frühzeitig gegensteuern.

Damit machen wir Deutschland endlich wieder zum Vorreiter beim Klimaschutz. Und wir schaffen einen verlässlichen Rahmen und Planungssicherheit für die Energiewende und für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft.

2. Mit Grün kommt mehr Elektromobilität

Über die Reform der Kfz-Besteuerung wollen wir die **Markteinführung von Elektrofahrzeugen** befördern.

3. Mit Grün gibt es Qualität statt Massentierhaltung

Klasse statt Masse! Grüne wollen einen Paradigmenwechsel bei der Tierhaltung: weg von der tierquälerischen, klima- und umweltschädlichen Massentierhaltung, die Hunger in den Entwicklungsländern verursacht, hin zu einer tiergerechten, sozial- und umweltverträglichen Tierhaltung. Dazu ändern wir das Tierschutzgesetz, das Baugesetzbuch und die Agrarförderung und verschärfen das Genehmigungsrecht, um Zubau von Intensiv-Tierhaltungen sowie die Umwelt- und Gesundheitsgefährdung durch Großmastställe zu reduzieren. Ökologische Landwirtschaft und regionale Lebensmittelerzeugung wollen wir stärken.

4. Mit Grün kommt die Bürgerversicherung

Wir wollen die **Zwei-Klassen-Medizin bei Gesundheit und Pflege beenden** und damit Schluss machen mit ungleicher Behandlung und Terminvergabe für gesetzlich und privat Versicherte. Mit der Bürgerversicherung wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger in das Solidarsystem einbeziehen. Dies ermöglicht stabilere Beiträge und eine Begrenzung des Anstiegs von Beiträgen.

5. Mit Grün kommt der gesetzliche Mindestlohn

Wir wollen eine **gesetzliche Lohnuntergrenze für alle Arbeitsverhältnisse** in Deutschland – kein Tarifvertrag darf den Mindestlohn unterschreiten. Die Höhe soll durch eine Kommission aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Wissenschaft festgelegt werden. Dies ist die Grundvoraussetzung, um den Skandal der massenhaften Lohnsubvention durch das Aufstocken aus dem Arbeitslosengeld zu beenden. Der Mindestlohn spart so Geld und sorgt auch für höhere Steuereinnahmen.⁴ Der Mindestlohn ist die Voraussetzung, um Maßnahmen zur Anhebung des Regelsatzes beim Arbeitslosengeld 2 und ähnliches angehen zu können.

6. Mit Grün gibt es weniger prekäre Arbeit

Leiharbeit und befristete Beschäftigung wollen wir **neu regeln** und damit wieder auf ihren eigentlichen Zweck – die flexible Bewältigung von Auftragsspitzen – konzentrieren. Wir wollen **Minijobs reformieren**. Minijobs fördern die Altersarmut gerade von Frauen und begünstigen Lohndumping.⁵

7. Mit Grün werden Schulden abgebaut

Wir wollen mit einer **zehnjährigen Vermögensabgabe** über 100 Milliarden Euro Staatsschulden abbauen und so die Vermögenden zur Finanzierung der Krisenkosten heranziehen.

8. Mit Grün gibt es eine Verkehrsinfrastruktur für das 21. Jahrhundert

Grüne setzen sich für eine neue Priorisierung bei der Verkehrsinfrastruktur ein. Erhalt geht vor Neubau, Engpassbeseitigung vor teure Prestigeprojekte.⁶ Wir machen Schluss mit der unfinanzierbaren Wunsch-Dir-Was-Politik.

⁴ Der Mindestlohn kann zu Mehreinnahmen von mindestens 1 Mrd. € bei Steuern und 1,5 Mrd. € bei Sozialversicherungen führen. Allerdings ist bei den Unternehmenssteuern mit Mindereinnahmen zu rechnen. Im grünen Finanztableau sind mögliche Netto-Mehreinnahmen nicht etatisiert.

⁵ Durch höhere Beitragsbemessungsgrenzen kann es je nach Ausgestaltung hier zu Steuerausfällen kommen. Wir haben diese in Höhe von 1 Mrd. € bereits berücksichtigt – siehe oben.

⁶ Alle Maßnahmen sind durch Umschichtungen im Verkehrshaushalt gegenfinanziert.

9. Mit Grün gibt es einen Breitbandanschluss für Alle

Wir wollen allen Unternehmen und Haushalten einen **Breitbandanschluss garantieren und damit** Zugang zur digitalen Welt schaffen – auch im ländlichen Raum. Diesen Universaldienst gestalten wir dynamisch und technologieneutral. Er wird über einen Unternehmensfonds finanziert.

10. Mit Grün gibt es mehr Bürgerbeteiligung

Transparenz, Dialog auf Augenhöhe und Mitbestimmung sind Grundelemente einer modernen Demokratie. Wir wollen verbindliche Regeln zum Lobbyismus, ein Informationsfreiheitsgesetz 2.0 und eine transparente, moderne Verwaltung, die das Internet und moderne Kommunikationsmittel nutzt. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, insbesondere im Planungsverfahren, ein. Dazu gehören eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und alternative Streitbeilegungsmethoden.

11. Mit Grün gibt es mehr Bürgerrechte in der digitalen Welt

Unsere Rechts- und Netzpolitik will die Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken. Dazu gehört vor allem ein modernes Datenschutzrecht, das gegenüber Staat wie Privaten den Anforderungen des Internetzeitalters gerecht wird. Dazu gehört z.B. die Anwendbarkeit und Durchsetzbarkeit von Datenschutzbestimmungen im Internetkontext – von Sozialen Netzwerken über Cloud Computing bis Smart Grids.

12. Mit Grün kommt eine Einbürgerungsoffensive

Ein modernes Einwanderungsland braucht ein einladendes Einbürgerungsrecht. Gleiche Teilhaberechte und ein gesicherter Aufenthalt sind für Integration unverzichtbar. Deshalb wollen wir Einbürgerungen früher ermöglichen, Mehrstaatigkeit akzeptieren, den Optionszwang streichen, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland stärken und Chancen für ältere MigrantInnen verbessern. Auch setzen wir uns weiterhin für eine großzügige gesetzliche Bleiberechtsregelung und mehr Schutz von Flüchtlingen in Europa ein. Wir wollen keine Festung Europa, die Menschen in Not im Stich lässt. Wir setzen uns für einen solidarischen Flüchtlingsschutz in Europa durch eine Reform der Dublin II-Vereinbarung ein.

13. Mit Grün gibt es mehr Chefinnen und Frauenförderung

Wir wollen für Aufsichtsräte eine Mindestquote von 40 Prozent Frauen gesetzlich vorschreiben. Damit machen wir einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung im Beruf. Und wir öffnen Türen, denn Chefinnen sorgen für mehr Frauen in Führungspositionen. Aber viele Frauen haben grundsätzliche Probleme in der Erwerbstätigkeit. Wir bauen die strukturellen Hindernisse, wie Ehegattensplitting, Minijobs und kostenlose Mitversicherung in der Krankenversicherung ab und fördern Frauen in ihrem beruflichen Fortkommen und dem Aufbau einer eigenständigen Existenzsicherung.

14. Mit Grün gibt es einen Aufbruch in Richtung eines demokratischen Europas

Wir Grüne wollen keine marktconforme Demokratie, sondern eine Demokratie, die den Märkten Regeln und Grenzen setzt. Das geht im Zeitalter der Globalisierung nur mit einem geeinten und solidarischen Europa. Wir wollen Europa deshalb demokratischer machen – und werden uns für einen Europäischen Konvent einsetzen, der unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Sozialpartnern einen neuen Vertrag für ein demokratisches, solidarisches und handlungsfähiges Europa erarbeitet.

15. Mit Grün kommt ein Rüstungsexportgesetz und eine Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung

Deutschlands Rüstungsexportpolitik ist unverantwortlich und intransparent. Die unverbindlichen Rüstungsexportrichtlinien wollen wir durch ein Rüstungsexportgesetz ablösen, das Rüstungsexporte wirksam begrenzt und die parlamentarische Kontrolle verbessert. Unsere Fähigkeiten für Friedensvermittlung und

internationale Polizeieinsätze sind unzureichend. Wir wollen eine systematische Stärkung solcher Friedenskräfte vorantreiben.

B. AUSGABENPRIORITÄTEN

Für das Jahr 2014 schlagen wir folgende Ausgabenprioritäten vor:

1. Mit Grün gibt es die Energiewende

Wir wollen mit massiven Investitionen **Energiewende und Klimaschutz** in Deutschland **voranbringen**. Das grüne **Klimaschutzgesetz** wird so finanziell unterlegt. Für ein Marktanzreizprogramm, für energetische Gebäudesanierung, für den Energiesparfonds, für Forschung und Netzausbau wollen wir zusätzliche **3,5 Milliarden Euro** zur Verfügung stellen.

Mit dem Energiesparfonds wollen wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte gezielt vorantreiben und die Sanierungsquote auf 3 Prozent im Jahr anheben. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen insbesondere finanzschwache Haushalte profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngebühres zur Verfügung, um soziale Härten im Zuge der Sanierung zu verhindern. Neben der Erhöhung der Mittel für die Energieforschung wollen wir außerdem die Investitionen in Energiespeicher und Stromnetze erhöhen.

2. Mit Grün gibt es mehr Klimaschutz – weltweit

Gerade die ärmsten Länder leiden am meisten unter dem von den reichen Ländern verursachten Klimawandel. Wir wollen, dass Deutschland seine **Zusagen zum Internationalen Klimaschutz** endlich einhält. **500 Millionen Euro** in 2014, damit sich die ärmsten Länder dem Klima anpassen können, nützen dem globalen Klima – und fördern die Entwicklung.

3. Mit Grün gibt es mehr Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die massiven Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre treiben die Spaltung des Arbeitsmarktes voran und befeuern den Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb **300 Millionen Euro** in **aktive Arbeitsmarktpolitik** investieren, insbesondere für Qualifikation in Zukunftsberufe und die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes.

4. Mit Grün wird das Arbeitslosengeld 2 deutlich angehoben – für Arbeitslose und Ältere

Wir wollen das **Arbeitslosengeld 2** schrittweise auf 420 Euro **anheben**. Dies gilt auch für die Grundsicherung im Alter. Für 2014 soll es zunächst auf ein verfassungskonformes Niveau angehoben werden.⁷ Dies kostet **1,2 Milliarden Euro, sowie 0,5 Milliarden Euro** zur Kompensation für die Kommunen für höhere Kosten der Unterkunft, die durch diese Anhebung entstehen. Voraussetzung für die Anhebung des ALG 2 ist die Einführung

⁷ Beim Vermittlungsverfahren zu Hartz IV haben wir argumentiert, dass bei der Berechnung des Regelsatzes zumindest die verdeckt Armen sowie die Aufstocker, die bis 100 € verdienen, aus der Referenzgruppe herausgerechnet werden müssten, damit der Regelsatz verfassungskonform ist. Diese Erhöhung ist strukturell bedingt, sie wird nicht mit der regulären Anpassung (Inflationsausgleich + Lohnentwicklung) verrechnet. Ein Regelsatz, der diesen Anforderungen genügt, müsste nach unseren damaligen Berechnungen um 17 € höher liegen, das entspräche 2012 einer Höhe von 391 €. Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten erfolgen.

des gesetzlichen Mindestlohns, damit nicht die Zahl der Aufstocker unbegrenzt weiter anwächst. Parallel zur Anhebung des ALG 2 soll das steuerfreie Existenzminimum für alle auf 8.500 Euro erhöht werden.⁸

5. Mit Grün gibt es mehr für arme Kinder

Darüber hinaus soll der **Regelsatz für Kinder** neu berechnet und **erhöht** werden, damit diese Kinder nicht wie bei der letzten Kindergelderhöhung leer ausgehen. Dafür reservieren wir **500 Millionen Euro**.

6. Mit Grün gibt es mehr und bessere Kinderbetreuung

Wir wollen **mehr Plätze für Kinder** in der Betreuung, eine **bessere Qualität** und einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung. Hierfür soll **eine Milliarden Euro** investiert werden.

7. Mit Grün gibt es mehr für Ganztagschulen

Grüne streiten gegen das Kooperationsverbot in der Bildung. Bund und Länder müssen in dieser Zukunftsaufgabe kooperieren. Der Bund soll **500 Millionen Euro**⁹ für eine **bessere individuelle Förderung aller Kinder in Ganztagschulen** zur Verfügung stellen.

8. Mit Grün gibt es mehr für die Hochschulen

Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen studieren und besser qualifiziert werden. Damit Universitäten und Fachhochschulen den Ansturm neuer Studierender bewältigen können, bedarf es eines **besser ausgestatteten Hochschulpaktes**. Wir wollen **eine Milliarden Euro für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen** zusätzlich drauflegen.

9. Mit Grün kriegen mehr Studierende mehr

Viel zu häufig scheitert ein Studium am fehlenden Geld. Wir wollen, dass mehr Menschen ein Studium erfolgreich abschließen können. Soziale Schranken sind ungerecht und ein Innovationshemmnis. Wir wollen in einem ersten Schritt als Einstieg in eine umfassende Reform der Studienfinanzierung das **BAföG um 300 Millionen Euro erhöhen**.

10. Mit Grün lernen Erwachsene leichter

Lernen und Weiterbilden hört nie auf. Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, wollen wir für 200 Millionen Euro das Erwachsenen-BAföG etablieren. Vor allem für Geringqualifizierte, Teilzeitkräfte, Frauen und Migranten senken wir so die Hürden für die Teilnahme an Weiterbildung.

11. Mit Grün wird mehr geforscht

Das Ziel, bis 2010 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, wurde verfehlt. Wir wollen dieses Ziel spätestens bis 2015 erreichen. Bis 2017 muss der Anteil weiter erhöht werden. Dabei sind gerade kleine und mittlere Unternehmen kreativ. Sie müssen sich Forschung leisten können – deshalb wollen wir eine Steuergutschrift für **Forschungsausgaben** in Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten einführen – das kostet **200 Millionen Euro**.

⁸ Soll dies nicht auf Pump geschehen, muss der Spitzensteuersatz angehoben werden. Bei einer Anhebung auf 49% ergäben sich nach dem GRÜNEN Modell sogar Mehreinnahmen von 3 Mrd. €.

⁹ Platzhalter, falls Kooperationsverbot im Grundgesetz gekippt wird.

12. Mit Grün gib es mehr globale Gerechtigkeit

Deutschland wird seine Zusage, die Mittel zur **Entwicklungszusammenarbeit** bis 2015 auf **0,7 Prozent des Bruttonettoproduktivs**¹⁰ zu steigern, verfehlen. Auch wir werden das Versäumnis von acht Jahren Großer Koalition und Schwarz-Gelb nicht sofort aufholen können. Aber wir müssen alles tun, damit dieses in der nächsten Wahlperiode erreicht wird. Dafür wollen wir 2014 **1,2 Milliarden Euro** investieren.

13. Mit Grün gibt es mehr für Städte und Gemeinden

Mit 44 Milliarden Euro Kassenkrediten stehen viele Städte und Gemeinden am Rand der Pleite. Wir wollen besonders belastete Kommunen entlasten – durch einen höheren Anteil des Bundes an den **Kosten der Unterkunft** oder eine Beteiligung an den wachsenden Beiträgen für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung. Insgesamt sind hierfür **eine Milliarden Euro**¹¹ vorgesehen.

14. Und noch mehr!

Damit auch Luft für kleinere wichtige Projekte bleibt, wollen wir einen Sammeltitel von **100 Millionen Euro** vorhalten.

C. EINSTIEG IN STRUKTURREFORMEN

Für **Zukunft, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit** bedarf es umfassender Strukturreformen. An diesen halten wir politisch fest – wir können sie aber derzeit mit Blick auf den Haushalt 2014 in ihren finanziellen Auswirkungen nicht genau beziffern oder gegenfinanzieren.

1. Gleiche Chancen für Kinder schaffen

Jedes Kind ist gleich viel wert – nur leider spiegelt sich dies nicht im Steuerrecht und beim Kindergeld wider. Kinder aus Bedarfsgemeinschaften gehen bei Kindergelderhöhungen leer aus. Kinder von Besserverdienenden werden über den Steuerfreibetrag finanziell stärker gefördert als Kinder in Familien, die Kindergeld erhalten. Wir wollen diese Ungleichbehandlung angehen und die Basis für eine **Kindergrundsicherung** legen. Der Einstieg in eine solche Grundsicherung ist nicht von heute auf morgen darstellbar, selbst bei einem noch stärkeren Abschmelzen des Ehegattensplittings. Dennoch arbeiten wir an einem Einstieg.

2. Eine gesicherte Studienfinanzierung für alle einführen

Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch eine Weiterentwicklung des BAföG verbessern. Mittelfristig streben wir eine grundsätzliche Modernisierung der Studienfinanzierung an, die aus **zwei Säulen** besteht: Eine elternunabhängige, in welche die bisherigen Leistungen wie etwa das Kindergeld oder der Steuerfreibetrag einfließen, und eine zweite bedarfsorientierte, um diejenigen, die bislang nicht studieren, für eine Hochschulausbildung zu gewinnen. Mit unserem Zwei-Säulen-Modell erhalten alle Studierenden eine bessere Studienfinanzierung.

3. Teilhabe sicherstellen

Der demografische Wandel einerseits und eine bessere gesundheitliche Versorgung andererseits haben den Effekt, dass immer mehr Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen unter uns leben. Darauf ist diese

¹⁰ Bis zur Erreichung des 0,7%-Ziels werden die Mittel für internationalen Klimaschutz angerechnet.

¹¹ Gegriffener Betrag, hängt noch von den Diskussionen in der Finanzkommission der Partei ab.

Gesellschaft nicht vorbereitet. Wollen wir Teilhabe für alle Menschen organisieren, bedarf es einer großen Anstrengung und anderer Standards – in der Bau- wie der Verkehrsplanung oder in der Bildungspolitik. Wir wollen an einem **Teilhabegesetz** arbeiten. Kosten, die hieraus erwachsen, hat der Bund zu tragen und darf sie nicht auf Länder und Kommunen abwälzen.

4. Altersarmut verhindern

Immer mehr Menschen droht Altersarmut. Sinkende Reallöhne, prekäre Beschäftigung, das Ehegattensplitting – all dies droht immer mehr Menschen, und vor allem immer mehr Frauen, im Alter in die Armut zu schicken. Rot-Grün hat hier zwischen 1998 und 2005 mit der Einführung der Grundsicherung und der privaten Zusatzversicherung versucht gegenzusteuern. Dazu muss heute die **Garantierente** kommen, die sicher stellen soll, dass die, die dem Arbeitsmarkt 33 Jahre zur Verfügung standen, eine **Rente oberhalb der Grundsicherung** erhalten. Hierfür gilt es die Grundlagen zu legen und einen Einstieg zu schaffen.

5. Übergänge erleichtern, Geringverdiener entlasten

Immer mehr Menschen arbeiten und rutschen dennoch in das ALG 2, weil ihr Einkommen aufgrund hoher Sozialabgaben zum Leben nicht reicht. Einmal im System, pervertiert dieses ihre Impulse, mehr zu arbeiten, und lockt sie in kleine und kleinste Jobs ohne Perspektive. Das wollen wir beenden und den Menschen ihre Würde zurückgeben, von ihrer Arbeit leben zu können. Dazu gehören neben einem Mindestlohn und dem Abschmelzen des Ehegattensplittings auch gezielte Entlastungen und bessere Anreizstrukturen für kleine und mittlere Einkommen im Steuer- und Abgabensystem. So wollen wir es schaffen, dass Menschen, die arbeiten, nicht von Transferleistungen abhängig werden. Der Einstieg in dieses Reformvorhaben ist elementar für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.